



---

**Kantonsrat****Bericht der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie  
Betreffend Petition "Gesetzänderung zum Neubau und Ersatz von Heizanlagen"****1 Ausgangslage**

Das Jugendparlament hat am 25. November im Rahmen der 6. kantonalen Jugendsession die Petition «Gesetzesänderung zum Neubau und Ersatz von Heizanlagen» eingereicht. Darin wird gefordert, dass die Gesetzgebung im Kanton Luzern dahingehend angepasst wird, als dass beim Neubau oder Ersatz bestehender Heizanlagen eine Anlage eingebaut wird, welche keine fossilen Energieträger benötigt, ausser es bestehen zwingende Gründe, welche den umwelttechnischen übergeordnet sind.

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates hat die Petition gemäss § 81 der Geschäftsordnung des Kantonsrates zur Prüfung und Berichterstattung an die zuständige Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie überwiesen.

Anlässlich der Sitzung vom 3. Februar 2020 wurde eine Delegation der Petitionäre im Beisein von Vertretern des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements (BUWD) von der Gesamtkommission angehört. Das BUWD informierte im Beisein der Petitionäre über den aktuellen Stand des Energieförderprogramms und die vorgesehenen Entwicklungen sowie den Stand des Planungsberichts Klima. Gestützt auf diese Erkenntnisse wurde vorliegender Bericht verabschiedet.

**2 Allgemeine Bemerkungen**

Mit Petitionen können Anregungen, Vorschläge, Gesuche, Kritiken oder Beschwerden bezüglich eines persönlichen oder öffentlichen Anliegens eingebracht werden. Der Kantonsrat ist dabei an seine parlamentarischen Kompetenzen und Möglichkeiten gebunden. Vorliegend wird eine Gesetzesanpassung verlangt, was zweifelsohne in den Zuständigkeitsbereich des Kantonsrates fällt.

**3 Feststellungen und Folgerungen**

Der Kantonsrat hat das angesprochene Energiegesetz auf Antrag des Regierungsrates im Jahr 2017 totalrevidiert. Der Revision gingen intensive Diskussionen sowie die Ablehnung eines ersten Vorschlags im Jahr 2013 voraus. Mit der Revision wurde das aus dem Jahr 1989 stammende Energiegesetz aufgrund des grossen technischen Fortschritts im Energiesektor, der Vielzahl neuer Bestimmungen auf Bundesebene und der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich auf einen aktuellen Stand gebracht. Die sparsame und rationelle Energienutzung erhielt dabei mehr Gewicht. Gleichzeitig mit der Revision 2017 wurde die Volksinitiative «Energiezukunft Luzern» behandelt. Die Initiative wurde nach der Verabschiedung des Energiegesetzes zurückgezogen. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen. In der Abstimmung vom 10. Juni 2018 wurde die Vorlage von Luzerner Stimmvolk mit klarem Mehr angenommen.

Aufgrund der im Rahmen einer Sondersession im Juni 2019 geführten Klimadebatte wird der Regierungsrat einen Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik erstellen und entsprechende Massnahmen vorschlagen. Die Arbeiten dazu sind angelaufen. Der Planungsbericht wird ebenfalls im Kantonsrat zu beraten sein.

Die Petition wurde vom Jugendparlament nach einlässlicher Diskussion eingereicht und will einen Beitrag zur Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz vor allem auch bei der bestehenden Gebäudesubstanz leisten. Die Petitionäre sehen das grosse Problem in Bezug auf die Reduktion von umwelttechnisch problematischen Anlagen darin, dass beim Ersatz von bestehenden Anlagen, noch allzu oft erneut auf fossile Energieträger gesetzt wird.

Es trifft zwar zu, dass eine entsprechende Gesetzesanpassung einen Beitrag zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu leisten vermöchte, aber eine vom Planungsbericht Klima losgelöste Revision des kantonalen Energiegesetzes macht zum aktuellen Zeitpunkt keinen Sinn. Es

braucht am Schluss mehr als eine Massnahme, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Schliesslich liegt die letzte Totalrevision des Energiegesetzes erst zwei Jahre zurück. Das Anliegen der Petitionäre ist jedoch bei der Erarbeitung des Planungsberichts Klima mit einzubeziehen.

#### **4 Antrag an den Kantonsrat**

Die RUEK beantragt, die Petition im Sinne der vorgenannten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen.

Luzern, 25. Mai 2020

Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK)

Der Präsident

*Peter Fässler*